

Marzahn- Hellersdorf *links*

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

„Osttangente“ oder Tangentialverbindung Ost - ein Thema, das die Gemüter erhitzt. Welchen Standpunkt hat DIE LINKE dazu? Gibt es den überhaupt, den einen Standpunkt? An dem Thema werden alle Seiten dranbleiben müssen! Seite 3

DIE LINKE bekräftigt ihre Forderung nach einem bezirklichen Straßenkataster. Die Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf soll über den Fortgang bis zur Hauptausschusssitzung im Mai informiert werden. Seite 6

Die Jugendseite - die neunte in Folge - mit den Themen: 60. Jahrestag des Staates Israel / I wie Israel und „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen“ sowie Kontaktmöglichkeiten für Interessierte Seite 7

Gute Arbeit für Berlin - Links und mit gutem Beispiel voran

Das ist das Credo des jüngst stattgefundenen Landesparteitages. „Gute Arbeit für Berlin“ lautete der Leitantrag des Landesvorstandes, das Thema bestimmte die Debatte, der Antrag wurde durch Änderungen qualifiziert und beschlossen. So ist jetzt der Beschlusstitel ergänzt durch: „... prekäre Beschäftigung zurückdrängen“. „Links und mit gutem Beispiel voran“, auf zwei Seiten hatte unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus aufgelistet, was wir in Regierungsverantwortung in Berlin erreicht haben. DIE LINKE liegt in Berlin in Umfragen stabil bei 16 %. Mit ihren Themen prägt sie nunmehr entscheidend das Gesicht der rot-roten Regierung. Vor allem zählt dazu

- Landesunternehmen nicht zu privatisieren, sondern zu sanieren,
 - die Einführung der Gemeinschaftsschule für mehr Chancengleichheit bei der Bildung und
 - ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS), um Menschen, die lange arbeitslos waren, eine Perspektive zu eröffnen.
- Nur mit uns wurde die Krise der Bankgesellschaft Berlin bewältigt, werden die öffentlichen Unternehmen gesichert, konnten die ersten 15 Schulen den Probelauf zur Gemeinschaftsschule aufnehmen, werden 2.500 Stellen, die mehrjährig, sozialversicherungspflichtig und gesellschaftlich sinnvoll sind und mit mindestens 7,50 Euro pro Stunde bezahlt, geschaffen. Nur mit uns gibt es keine Studiengebühren, gibt es Strategien gegen Armut, u.a. das Starterpaket für bedürftige SchulanfängerInnen, das Mittagessen an Ganztagschulen für einheitlich 23 Euro, einen neuen Sozialpass, der eine unbürokratische und diskriminierungsfreie Teilnahme

am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Mit uns wurde Berlin zum Spitzenreiter für ein Mehr an direkter Demokratie, hat der öffentliche Dienst eine Zukunft, werden öffentliche Aufträge nur mit Mindestlohn vergeben. So, das war der „Werbeblock“. Warum? Weil es in der eigenen Partei in Berlin, auch das wurde

auf diesem Landesparteitag erneut sichtbar, und bundesweit grundsätzliche Kritik an unserer Regierungsbeteiligung gibt, nicht selten ideologisch motiviert, weil der Teufel im Detail liegt und jeder dieser Erfolge nicht selbstverständlich ist, vieles noch besser sein könnte, und jedes gute Ergebnis Hoffnungen weckt, die noch nicht erfüllbar sind. Weil wir als demokratische SozialistInnen natürlich dieses System nicht

für die letzte Antwort der Geschichte halten. Weil wir die Verhältnisse, die in allen Lebensbereichen immer prekärer werden, mangels bundesweiter Mehrheiten (noch) nicht ändern können. Weil wir unsere Spielräume in der Koalition nutzen müssen. Sowohl die Analyse und die Beschreibung der Aufgaben in den Reden auf dem Parteitag machten deutlich, dass uns das immer besser gelingt. In der Debatte wurde die Breite des Themas „Gute Arbeit“ deutlich, als das Thema prekäre Beschäftigung auch auf Geschlechtergerechtigkeit, Migrantinnen und Migranten, Kommunalpolitik, den Wissenschafts- und Kulturbereich, die Situation im öffentlichen Dienst und bei der BVG bezogen wurde. Der Landesparteitag fand einen Tag vor dem Volksentscheid zu Tempelhof statt. Wie das ausgegangen ist, wissen wir mittlerweile. Auf dem Parteitag wurde ein Beschluss zur Nach-

nutzungsdebatte für Tempelhof und Tegel gefasst, hier wurde selbstkritisch konstatiert, dass es Versäumnisse gibt.

Dass es trotz der angespannten Arbeit in der Kampagne gegen die Offenhaltung von Tempelhof gelungen ist, mit einem so wichtigen Thema einen Landesparteitag vorzubereiten und durchzuführen, gehört auf die Positivseite, so hat das auch der Landesvorstand eingeschätzt. Dem Beschluss „Gute Arbeit für Berlin“ wird eine Arbeitsgruppe des Landesvorstandes folgen, die die sich aus diesem Beschluss ergebenden Arbeitsschritte ausarbeiten soll. Beschlossen wurde „Auschwitz gedenken, heißt NPD verbieten“. In die Gremien wurden weitere Anträge überwiesen. Darunter ist die Problematik Vertrag von Lissabon, Lokale Agenda 21, Novellierung des Hochschulgesetzes, individuelle Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen, Pflegenotstand in Berliner Krankenhäusern. Als einer der Sprecher des Landesausschusses habe ich an der Auswertung des Landesvorstandes teilgenommen und durchaus den guten Eindruck gewonnen, dass die weitere Arbeit an und mit diesen Anträgen in guten, kollektiven Händen ist.

Norbert Seichter

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Michael Borchert / Petra Pau (MdB): Drei Geschichten hinter der Volksabstimmung

Seite 3:

Nicht vergessen: Solidarität mit Vietnam / „Osttangente“ in starken Turbulenzen

Seite 4:

Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

Landes- und Kommunalpolitisches

Seite 6:

Siedlungsgebiete / Politische Bildung

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

DIE LINKE.

Zur Person: Michael Borchert

Mittendrin – ein bewegtes Leben

Neu in der Redaktion von Marzahn-Hellersdorf links ist Michael Borchert. Die wilden 68er standen wohl an seiner

Wiege Pate, denn mit gerade 40 Jahren hat er schon ein bewegtes Leben hinter sich.

Der gebürtige Luckenwalder mit Ambitionen zum Journalismus schrieb gelegentlich für Zeitungen, u.a. zu Themen des Sports. Er erlernte den Beruf eines Kfz-Mechanikers. Später arbeitete er als Schlosser in einer LPG auf dem Land. Nach der Wende war er überwiegend in seinem Beruf tätig. Michael Borchert nutzte die neuen Möglichkeiten und ging 1994 für ein Jahr nach Kanada, genauer gesagt, nach Québec. Auch dort arbeitete er im Kfz-Bereich. Seine Sprachkenntnisse ermöglichten ihm Kontakte zur englisch- und französischsprachigen Bevölkerung. Nach der Rückkehr wagte er den Schritt in die Selbstständigkeit. Für zwei Jahre war er Inhaber einer Fahrradwerkstatt. Wegen Mietpreissteigerung gab er das Geschäft auf, zog nach Berlin und lebte



Michael Borchert Foto: S. Behrens

zunächst in Neukölln. Seit 2005 ist er Hellersdorfer. Eine Allergie macht die Rückkehr in seinen Beruf unmöglich. Die Zeit zwischen

dem bereits fast ein Jahr währenden (!) Warten auf einen Amtsarzttermin, Voraussetzung für das Gewähren einer Umschulung, nutzt Michael Borchert mit kreativem Schreiben, wie man heute sagt.

Mit „Sirius C oder der Hund mit den blauen Augen“ hat er einen gesellschaftskritischen Sciencefiction-Roman geschrieben, dessen Manuskript immerhin vom ers-

ten Verlag, den er angeschrieben hatte, angenommen wurde. „Spannend geschrieben, mit viel Sachverstand und Hintergrundinfos angereichert, gelingt es dem Autor, eine Fiktion zu entwerfen, die der modernen For-

schung möglicherweise nur um wenige Jahre voraus ist“, so ein Kommentar des Verlags. Inzwischen schreibt er an seinem zweiten Buch. Borchert gehört zu den Menschen, die immer etwas umtreibt, sich zurücklehnen will er nicht. Daher kämpft er auch hartnäckig mit dem Amtsschimmel, um einen Neuanfang starten zu können.

In DIE LINKE ist er vor einem Jahr eingetreten, „weil die gesellschaftlichen Verhältnisse sich verschärfen und meckern allein nichts bringt.“ Nach seiner Meinung ist der heutige Kapitalismus nicht reformierbar, „Er wird immer die schlechtesten Eigenschaften der Menschen wie Gier und Egoismus befördern. „So spielt er selbst dem Sozialismus in die Hände“ sagt Michael Borchert und „es liegt an der Bildung der Menschen, ob die Entwicklung dann in diese Richtung geht oder in eine faschistoide“.

Sabine Behrens

Zur Kasse bitte ... Und weg mit Mindestlöhnen ...

... dieser 1. Mai in Deutschland war ein echter „Herren“-Tag.

Die IG BAU für den Baubereich erkämpfte als erste allgemein verbindliche Mindestlöhne (AVE) in Deutschland (Ost ≠ West).

An die sind alle hier tätigen Bauunternehmen seit dem 2. Juni 2000 gebunden.

Arbeitgebervertreter hatten dagegen geklagt und waren zuletzt in zweiter Instanz am 11.03.2004 am Berliner Oberverwaltungsgericht unterlegen. Die Revision zum Bundesverwaltungsgericht ließen die Richter nicht zu.

Jetzt haben die „Arbeitgeber“ – Vorreiter sind die Sachsen für die ostdeutschen Unternehmerverbände mit ihrem Verhandlungsführer Uwe Nostitz – den „Arbeitnehmern“ offen den Kampf angesagt.

Der allgemeinverbindliche Mindestlohn 2 für Facharbeiter soll ganz weg fallen. Facharbeiter würden abrutschen auf Hilfsarbeiterlohniveau. Dieses ebenfalls abzusenken, fordern die Unternehmer. Noch bis 2011 schützt das Arbeitnehmer-Entsende-Gesetz (AEntG).

Dann greift das Herkunftslandprinzip der EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Der SPD-Bundesarbeitsminister erklärte: Sollten die Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern zu keinem neuen Vertrag führen, wird er die AVE- Erklärung schon zum 31.08.2008 aufheben (müssen)!

Mit weit reichenden prekären Folgen für ganz Deutschland!

Nichts ist umsonst...oder

Wie ist die „Sklassen“ - Mentalität der sich widerstandslos in ihr Schicksal ergebenden ostdeutschen „Arbeitnehmer“ zu erklären?

R. Rüdiger

Petra Pau (MdB): Drei Geschichten hinter der Volksabstimmung

Die Berliner Volksabstimmung über die Zukunft des Flughafens in Tempelhof hat ihr Ergebnis. Der innerstädtische Airport wird im Herbst dieses Jahres – wie geplant – geschlossen. So weit das sachliche und mit Zahlen belegte Ergebnis vom 27. April 2008. Es war übrigens die erste Volksabstimmung im Land Berlin. Sie war umkämpft, wie sonst bestenfalls Wahlen.

Kenner haben errechnet, dass die Tempelhof-Befürworter mindestens drei Millionen Euro in ihre Werbung gesteckt haben. Pro Tempelhof waren vor allem die CDU, die FDP und ein Bünd-

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen:
http://www.petrapau.de/cgi-data/newsletter/abo_form.html

nis aus Wirtschafts-Lobbyisten. Für die Schließung des Airports waren die SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und ein Bündnis aus Umwelt-Verbänden. Aber interessanter sind vielleicht drei Geschichten dahinter.

Die erste: Berlin war im Vergleich der Bundesländer lange Schlusslicht, wenn es um direkte Demokratie ging. Das änderte sich dank Rot-Rot. „Mehr Demokratie e. V.“ hatte Berlin 2007 auf Platz 1 aller Länder gesetzt. Nur die CDU stemmte sich bis zuletzt dagegen. Kaum aber war mehr Demokratie möglich, da erfand die

CDU ihre APO-Seele. Erst in Kreuzberg gegen eine Rudi-Dutschke-Straße, dann Berlin-weit für den Flugbetrieb in Tempelhof. Sie tat gar so, als habe sie mehr direkte Demokratie erfunden, großflächig und großspurig.

Die zweite Geschichte: Um Tempelhof vor der Schließung zu retten, griff das CDU-Bündnis tief in die Mottenkiste des Kalten Krieges. Selbst uns Marzahn-Hellersdorfern wurde plakatiert, dass auch wir, wie dereinst 1963 John F. Kennedy, nun Berliner sein dürften. Darüber könnten wir streiten, nachdenken oder lachen. Aber es war eine Tempelhof-Kampagne für das alte

West-Berlin. So enttarnete sich die CDU erneut als Halbstadt-Partei. Sie fand damit durchaus Zuspruch. Aber sie hatte zum Glück keinen Erfolg im neuen Berlin.

Die dritte Geschichte: Lange suggerierte das Pro-Tempelhof-Bündnis, dass es den Flughafen für alle Berlinerinnen und Berliner erhalten will. Dann verplapperte sich der CDU-Landesvorsitzende.

Er suche viel mehr finanzstarke Konzerne, die dort siedeln und auch fliegen wollen. Kurzum: Die CDU wollte 400 Hektar Innenstadt privatisieren. DIE LINKE hingegen will dasselbe Areal für alle Berlinerinnen und Berliner öffnen.

Nicht vergessen - Solidarität mit Vietnam

Gespräch mit Wolfram Schwobe

Du warst in Vietnam - was hast Du dort gemacht?

In Vietnam war ich als Projektleiter für SODI (Solidaritätsdienst International e.V. - Anm. der Redaktion) - wir haben dort noch heute vorhandene Kriegshinterlassenschaften wie Minen und Bomben beseitigt, am 17. Breitengrad, das sagt Dir sicher etwas. Noch heute werden Kinder und Bauern beim Spielen oder bei der Feldarbeit Opfer von Blindgängern. Bisher wurden von uns 45000 dieser todbringenden Kampfmittel vernichtet.

SODI engagiert sich hier seit 10 Jahren. Uns geht es nicht nur um die Beseitigung von Minen, mehr noch um den Wiederaufbau. Bisher haben wir gemeinsam mit unseren Partnern drei vernichtete Dörfer für 230 Familien, zwei Kindergärten, eine Schule und ein Gesundheitszentrum wiederaufgebaut.

Und wer bezahlt das?

Finanziert wird dies aus den Spendenmitteln, die SODI von Mitgliedern und Sympathisanten erhält. Die SODI-Projekte werden aber auch vom Auswärtigen Amt unterstützt, weil



sich über die Jahre die Nachhaltigkeit der bisherigen Projekte gezeigt hat. Das ist uns gelungen, weil wir von Beginn an mit den regionalen Verwaltungen zusammengearbeitet und weil wir stets gute Kontakte mit der örtlichen Bevölkerung gepflegt haben.

Künftig werden wir für Opfer von Landminen und Agent Orange in Quang Tri für 320 Familien Häuser bauen.

Was ist Vietnam heute für ein Land?

Du kannst Vertreter meiner Generation fragen oder auch die meiner Tochter - Vietnam ist im Gedächtnis geblieben als ein wichtiger Teil solidarischen Denkens und Handelns von Bürgern der DDR. Damals ging es darum, die vietnamesische Bevölkerung im Kampf ums Überleben gegen die USA-Aggressoren zu unterstützen. Heute geht es um Unterstützung in Bereichen, wie ich sie geschildert habe, es geht um Hilfe zur Selbsthilfe - hier eben ist SODI e.V. seit langem tätig.

Das Land hat eine außerordentliche und schnelle Entwicklung genommen. Überall kann man sehen, dass die Menschen im Heute leben, Geschäfte wie Pilze aus der Erde

schießen, Unternehmungen aller Art entstehen - vor allem in den Städten. Auch wenn es in den Dörfern noch etwas anders aussieht, aber auch hier gibt es Veränderungen.

Spielt die Teilung in Nord-Süd heute noch eine Rolle?

In Vietnam ist das Zusammenwachsen von Nord und Süd unspektakulär verlaufen, und heute siehst du als Außenstehender kaum

Unterschiede. In den Städten nach neuester Mode gekleidete Jugendliche, Lärm von Motorrädern, die längst die Zahl der Fahrräder übersteigen, zunehmend Autos.

Welche Erwartungen hast Du an DIE LINKE?

- Weitere Unterstützung der SODI-Aktivitäten durch Berichterstattung seitens linker Medien.
- Wie bisher das Engagement linker Parlamentarier für das Verbot von Landminen und Streumunition
- Ausbau der Zusammenarbeit SODI und LINKE auf Ebene der Bezirke Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg u.a. in den Bereichen Städtepartnerschaft.

Das Gespräch führte: Wilfried Maier

SODI!
Solidaritätsdienst-international e.V.

Grevesmühlener Str. 16
D-13059 Berlin
Tel: 030 / 928 60 47
Fax: 030 / 928 60 03
info@sodi.de; www.sodi.de

„Osttangente“ in starken Turbulenzen

Die bestehenden Nord-Süd-Verbindungen zwischen Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick und dem neuen Flughafen in Schönefeld sind alles andere als ideal. Auf der Straße geht es in den Spitzenzeiten langsam: „stop and go“ oder gar Stillstand gibt es regelmäßig auf der Köpenicker Straße rund um die Kreuzung mit der B1/5 in Alt-Biesdorf, dann am Bahnhof Wuhlheide und ein Stück weiter an der Auffahrt zur neuen Spreebrücke im Zuge der Köpenicker Altstadtumfahrung. Die Parallelverbindungen über die Treskowallee sind in Alt-Friedrichsfelde und am Bahnhof Karlshorst sowie in Schöneeweide zugestaut, die Brücke am Bahnhof Köpenick begrenzt die Möglichkeiten, über die Chemnitzstraße oder den „Hultschi“ auszuweichen.

Der ÖPNV steht zum Teil mit im Stau - oder er fehlt gänzlich als Angebot. So dauert die S-Bahn-Zuckelei aus unserem Bezirk über die Warschauer Straße nach Schönefeld eine knappe Stunde, nur wenig schneller ist der Regionalexpress. Und demnächst wird das Ostkreuz auch noch umgebaut.

Diese Lage hat dazu geführt, dass die Anlieger an den zugestauten Straßen, besonders betroffen ist dabei die Köpenicker Straße, nach einer Entlastung von Dreck, Lärm und

Gefahren für ihre Kinder rufen. Viele Politiker im Bezirk quer durch alle Parteien favorisieren eine scheinbar geniale Lösung: Den Bau einer schnellen tangentialen Verbindung Ost (TVO), konkret den zügigen Neubau einer leistungsfähigen Straße zwischen der B1/5 Alt Biesdorf und der Straße an der Wuhlheide, zumeist unmittelbar westlich des bestehenden Bahnaußenringes.

Die Fraktion der LINKEN in der BVV hatte einer solchen Lösung ebenfalls mehrheitlich zugestimmt, allerdings gegen den Widerstand des umweltpolitischen Sprechers Frank Beiersdorff, der deshalb von dieser Position zurücktrat. Inzwischen wurde auf Expertenrunden klar, dass auch die im Bezirk in das Abgeordnetenhaus gewählten Linken mehrheitlich die TVO skeptisch sehen oder offen ablehnen, gleichfalls haben auch die Lichtenberger und die Köpenicker Linken in ihren BVV sich nicht zu einer Zustimmung durchringen können. Die Befürchtung, der Bau einer neuen Straße werde noch mehr LKW anziehen, die den Weg zwischen Berliner Nordring A 10 und der A113/A117 durch die Stadt abkürzen, ist nicht aus der Welt zu räumen. Eine auf 2008 vorgezogene Verkehrszählung bestärkt offensichtlich auch die zuständigen Senatsstellen in ihrer Ablehnung, konkrete Planungen einer TVO zu beginnen.

Was ist zu tun in dieser verfahrenen Situation? Die Linke wird sich weiter mit dieser Frage zu befassen haben und sie in den Zusammenhang mit den weiteren Straßen- und ÖPNV-Planungen im Berliner Osten stellen müssen. Erste Schritte könnten sein, dass sie die Wiedereinrichtung einer schnellen Nahverkehrs-Bahnverbindung zwischen Lichtenberg und Schönefeld über den bereits bestehenden Außenring fordert und damit auch eine Entlastung des Ostkreuzes in der Umbauphase erreicht.

Die Köpenicker Straße, die Treskowallee und die anderen Stauschwerpunkte werden durch den für die nächsten Jahre geplanten Bau breiterer Bahnbrücken an den Bahnhöfen Köpenick, Wuhlheide und Karlshorst sicherlich zügiger befahrbar, aber kaum weniger frequentiert werden. Also bleibt viel zu tun, die Überwege für Fußgänger sicherer zu machen, alternative Radwege anzubieten und vor allem das ÖPNV-Angebot in Europas größtem Siedlungsgebiet spürbar zu verbessern.

Wenn DIE LINKE die Sorgen der Anwohner vor der Verkehrslawine ernst nimmt, darf sie ihnen keine einfachen oder schnellen Lösungen vorgaukeln.

U. Clauder

BVV beschloss Antrag zur Motardstraße

Vor Beginn der BVV-Sitzung lud die Vorsteherin der BVV, Petra Wermke (DIE LINKE), ins Foyer des Freizeitforums zur Eröffnung einer Ausstellung im Gedenken an den jüdischen Grafiker und Autor Peter Edel (1921-1983). Die Ausstellung über das Mitglied des antifaschistischen Widerstands trägt den Titel „Rückkehr unerwünscht. Die Bilder des Zeugen Edel“ und ist bis zum 9. Mai 2008 im Freizeitforum zu sehen.

Ebenfalls im Vorfeld der BVV fand eine Kundgebung der Berliner Chipkarten-Initiative statt, die gegen die bezirkliche Praxis der Unterbringung von AsylbewerberInnen in der Zentralen Aufnahmeeinrichtung Motardstraße 101 protestierten. Die Einrichtung steht bereits seit längerem wegen ihres extrem abgelegenen Standorts in einem Spandauer Gewerbegebiet, der Unterbringung in Wohncontainern sowie der mangelhaften Verpflegung in der Kritik.

In ihrer Sitzung verabschiedete die BVV mit den Stimmen der LINKEN einen Antrag des Ausschusses für Integration und Migration, der die möglichst schnelle Auflösung des Standortes einfordert und erneut darauf

dringt, den betroffenen Menschen eine Unterbringung in Wohnungen zu ermöglichen.

Nachdem im März keine BVV Sitzung stattfand, hatte sich eine erhebliche Anzahl von Anträgen angesammelt, von denen ein großer Teil ohne Aussprache beschlossen bzw. in die Fachausschüsse überwiesen wurde.

Viel Zeit nahm die Wahl einer Vorschlagsliste für ehrenamtliche Richterinnen und Richter des Verwaltungsgerichts in Anspruch, die erst nach mehreren geheimen Wahlgängen abgeschlossen werden konnte.

Ein starkes Signal gegen das Agieren der neofaschistischen NPD sendete die BVV gegen Ende der Sitzung.

Die BVV wandte sich entschieden gegen einen Antrag, mit dem die NPD das Projekt „Stolpersteine“ verunglimpfen wollte - ein Projekt zur Erinnerung an die Opfer der NS-Diktatur. Auch der Antrag auf geheime Abstimmung brachte der NPD keinen Erfolg. Es blieb bei zwei Ja-Stimmen und 42 Nein-Stimmen.

Torsten Kläring

Aus dem Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand hat sich regelmäßig mit dem Volksentscheid zu Tempelhof befasst, nachdem diese Sachfrage von der CDU zu einer Machtfrage gegen Rot-Rot hochstilisiert wurde, an dem sich die größten Berlin-Unternehmen mit kostspieligen Annoncen beteiligten. Inzwischen liegen die Ergebnisse vor, die CDU hat sich selbst eine Niederlage organisiert, und Marzahn-Hellersdorf hat sein Teil dazu beigetragen: mit 23,1 % die niedrigste Wahlbeteiligung, und mit 65,4 % (nach Lichtenberg) die meisten NEIN-Stimmen.

Nach der Konferenz zur Osttangente, die am 1. April in der Geschäftsstelle durchgeführt wurde, hat der Bezirksvorstand ein Positionspapier für sein Agieren gegenüber Dritten beraten und beschlossen. Die Komplexität des Themas beinhaltet viele Probleme, die weitere Diskussionen erfordern. Was die Entlastung der Bürger zwischen Biesdorf und der Straße an der Wuhlheide betrifft, so setzen wir uns für eine zügige Entlastung der Einwohner von Autoabgasen und -lärm ein.

Der von Sabine Schwarz für die „Arbeitsgruppe Politische Bildung“ vorgelegte Plan wurde nach Diskussion beschlossen. Der Plan wird dadurch gekennzeichnet, dass er wesentlich auch außerhalb der LINKEN zur Wirkung kommen soll und dass für die Themen ein breiter Kreis von Trägern gewonnen werden soll. Zum Beispiel wird ein gemeinsames Filmprojekt „SinnCity“ mit „Polis“ und dem Kino „Kiste“

für Schulen gestaltet: Mit dem Film wurden 500 Schüler erreicht.

Der Beschluss enthält Aussagen zu unseren Aktivitäten zu Gedenktagen für Opfer des Faschismus und an das Bestreben, den Widerstandskampf an die jüngeren Generationen weiter zu geben, Dr. Gabriele Hiller wird die Frauenrechte im Iran aufgreifen für eine Diskussion über die Rechte der Frau, es wird ein Gedenken an den 30. Jahrestag von Sigmund Jähns Flug in den Weltraum geben.

Wilfried Maier

Bei anderen gelesen:

Zitat der Woche unter
<http://zitate.net/>

***Zuerst ignorieren sie dich,
dann lachen sie über dich,
dann bekämpfen sie dich und
dann gewinnst du.***

Mahatma Gandhi
02.10.1869 - 30.01.1948
indischer Freiheitskämpfer

Infosplitter

Würdigung von Josep Renau

Auf Anregung von Hans Hübner hatte die Linksfraktion einen Antrag in die BVV eingebracht, Leben und Werk des spanischen Malers Josep Renau, der mehrere Jahre seines Exils in der DDR verbracht hatte, zu würdigen. In Zusammenarbeit mit dem Instituto Cervantes, dem Institut Valencià d'Art Modern, der Fundació Josep Renau sowie dem Kupferstichkabinett und privaten Leihgebern kann eine Ausstellung in der „Pyramide“ von Dezember 2008 bis Januar 2009 stattfinden.

Erinnerung an Peter Edel

Am 24. April 2008 eröffnete Petra Wermke (Vorsteherin der BVV/DIE LINKE) eine Ausstellung mit Graphiken und Zeichnung von Peter Edel. Der Antifaschist jüdischer Herkunft war während der Zeit des Faschismus in mehreren KZ eingekerkert. Prof. Fischer (VVN BdA) würdigte Peter Edel. Vor allem seine Zeichnungen über Leiden und Widerstand aus faschistischer Zeit sind wichtige Dokumente der Erinnerung und Mahnung. Zur Ausstellungseröffnung konnte auch die Witwe von Peter Edel, Helga Korff-Edel begrüßt werden, zahlreiche Verordnete der BVV sowie Bürgermeisterin Dagmar Pohle, die Stadträte Manuela Schmidt (DIE LINKE) und Stefan Komoß (SPD) nahmen an der Eröffnung der Ausstellung teil, die bis Anfang Mai im Freizeitforum Marzahn zu sehen ist.

Gedenkort

Das Bezirksamt hat eine aktualisierte Liste von Gedenkort im Bezirk vorgelegt, die 55 Orte, Denkmale und Gedenktafeln benennt.

Tourismusbüro

Am 14. April 2008 wurde im Beisein von Petra Pau (MdB) im neuen Eingangsgebäude des Erholungsparks Marzahn das neue bezirkliche Tourismusbüro eröffnet.

Dauerthema Sendemasten

Immer wieder gibt es Anfragen wegen der inzwischen sehr hohen Zahl von Mobilfunksendeanlagen im Bezirk. Grundsätzlich kann der Bezirk nicht verhindern, dass Mobilfunkanlagen auf privaten Grundstücken errichtet werden. Entsprechend einem Beschluss der BVV versucht das Bezirksamt, die Errichtung solcher Anlagen in der Nähe von Schulen, Kitas zu verhindern, eine rechtlich zwingende Möglichkeit gibt es dafür nicht. Im Bezirksamt wird eine Übersicht über die Standorte der Anlagen ständig aktualisiert und kann von den Bürgerinnen und Bürger jeder Zeit eingesehen werden. Nach dem gegenwärtigen Stand gibt es im Bezirk 238 Mobilfunksendeanlagen.

Licht in der Biesdorfer Promenade

Das Bezirksamt wird entsprechend einem Beschluss der BVV die Biesdorfer Promenade in öffentliches Straßenland umwidmen. Das ist die Voraussetzung, dass ein Antrag an die zuständige Senatsverwaltung gestellt werden kann, die vorhandene Beleuchtung instand zu setzen und zu erweitern.

Zusammenlegung

Die bereits beschlossene Zusammenlegung von Max-Reinhardt- und Leonard-Bernstein-Gymnasium wird vorfristig zum 1.8.2008 am Standort Adele-Sandrock-Straße erfolgen.

Lesen gegen das Vergessen

„...dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“ Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 war der Anfang erst, und Heinrich Heines Zitat sollte sich als prophetisch erweisen.

VERBRANNT VERBOTEN VERBANNT - viele bekannte und weniger bekannte Namen von Autorinnen und Autoren finden sich auf der Liste. Nie sei sie in besserer Gesellschaft gewesen, schrieb Gina Kaus über die Verbrennung ihrer Bücher.

Seit mehr als zehn Jahren treffen sich Bücherfreunde auf dem Bebelplatz, um aus den Büchern zu lesen, die die Nazis vernichten wollten. LESEN GEGEN DAS VERGESSEN erinnert an die Verfolgten und Ermordeten, an die ins Exil Getriebenen oder zum Schweigen Gezwungenen. Viele hundert Menschen haben sich bisher daran beteiligt, haben in Bücherregalen gesucht und interessanten Lesestoff gefunden. Zunehmend beteiligen sich Jugendliche am LESEN GEGEN DAS VERGESSEN. Was vor drei Jahren mit einer Klasse begann, bestimmt jetzt den Hauptteil des Programms. In diesem Jahr sind das Schülerinnen und Schüler der Merian-Schule aus Köpenick, der George-Orwell-Schule aus Lichtenberg und der Jüdischen Oberschule aus Mitte. Während am Freitag, dem 9. Mai, in der Akademie der Künste Bundespräsident Horst Köhler

am Pariser Platz auf einer Gedenkveranstaltung aus Anlass des 75. Jahrestages spricht, stellen sie auf dem Bebelplatz am anderen Ende von Unter den Linden die Projekte vor, die sie in den vergangenen Monaten erarbeitet haben. Sie fragen, was das für Bücher waren und warum



sie verbrannt wurden. Sie forschen nach dem Schicksal der Menschen, die den Nazis widerstanden. Sie wollen wissen, wie Einschüchterung und Zwang wirken. Und sie bekräftigen, dass man sich zur Wehr setzen muss. Heute wie damals.

Bundesweit gibt es viele ähnliche Aktivitäten an den Orten, wo die Scheiterhaufen der Nazis brannten. Sie werden auf der Internetseite www.buecherlesung.de veröffentlicht. Nach aktuellen Forschungen im Rahmen des Projektes „Bibliothek verbrannter Bücher“ vom Moses-Mendelssohn-Zentrum lassen sich für 1933 deutschlandweit 74 Bücherverbrennungen belegen. (Weitere Infos über www.verbrannte-buecher.de)

LESEN GEGEN DAS VERGESSEN wird am 9. Mai 2008 um 11 Uhr von Elfriede Brüning, einer Zeitzeugin der Bücherverbrennung, eröffnet. Sie ruft Schülerinnen und Schülern dazu auf, in jedem Jahr an diesem Tag und diesem Ort zu lesen. LESEN GEGEN DAS VERGESSEN - das könnte eine Antwort sein auf die von Micha Ullmann mit Mahnmal auf dem Bebelplatz beschworene Frage nach den verbrannten und verbannten Büchern. Es ist eine Würdigung der Menschen, die sich den Nazis nicht beugten. Und es ist ein Appell, sich hier und heute mit ganzer Kraft gegen Neonazismus und Rassismus zu verbünden.

H. Elias

Plakat „Wider den undeutschen Geist“, mit dem am 13.4.1933 eine vierwöchige Kampagne der Deutschen Studentenschaft begann.

Ende gut, alles gut?

Ein Rückblick auf die Tempelhof- Abstimmung

Nunmehr hat sie ein Ende gefunden, die leidige Tempelhof-Debatte. Rot-Rot ist mit einem blauen Auge davon gekommen (welch schreckliches Bild!) und vor allem DIE LINKE muss sich mit den Ergebnissen dieses ersten in Berlin zugelassenen Volksentscheids sehr kritisch auseinander setzen.

Tempelhof hat gezeigt, dass die bürgerliche Klasse des alten Westberlin noch immer „da“ ist, dass sie sich noch lange nicht geschlagen gibt. Die Zeit der Resignation nach dem Berliner Bankenskandal scheint überwunden. Man findet sich wieder in den Hinterstübchen, mischt wieder mit und würde so gerne regieren.

Rot-Rot hat viele Gegner, wir haben das unterschätzt. Und ein Thema wie die Flughafenschließung führt diese ohne weiteres zusammen, trotz Pflüger, trotz mangelnder inhaltlicher politischer Stärke im Berliner konservativen Lager. Und selbst in der SPD, selbst in der Bundes-Linke scheint es viele Gründe zu geben, die einzige linke Regierungsbeteiligung wann immer es möglich ist, zu diffamieren.

Und die vierte Macht in der Demokratie, die der Medien, egal ob als Zeitung oder im Rundfunk und Fernsehen, wird bürgerlich determiniert. Das sollten wir schon aus anderen Debatten gelernt haben. Erinnern möchte

ich zum Beispiel an Themen wie die Kitakostendebatte oder die Diskussion zur Gemeinschaftsschule. Die sozial Schwachen, die Benachteiligten dieser Gesellschaft haben es viel schwerer, ihre Positionen medial zu artikulieren und das zeigte sich auch bei diesem Volksentscheid. Wir haben es versäumt, unseren Vorteil, den wir als Regierung ja durchaus haben, beizeiten und ausreichend zu nutzen.

Und noch etwas sollten wir gelernt haben: Wir als DIE LINKE werden viel stärker als andere Parteien daran gemessen, ob wir zu unserem Wort stehen. Wir dürfen nicht zum Abbild der SPD werden! Unser Verhältnis zu Volksabstimmungen muss ein anderes sein als das, was die Menschen gewöhnt sind - betrogen zu werden. Wir müssen zu unserem Wort stehen. Gerade für uns als Linke ist das Verhältnis zur Demokratie ein entscheidendes, wenn nicht sogar das entscheidende. Diese Gratwanderung wäre schwer geworden, und keiner hätte unseren Großmut, doch Vorreiter für Volksentscheide gewesen zu sein, noch honoriert. Wir wären wieder nur als Anhängsel der Sozialdemokraten wahrgenommen worden. Also am Ende doch, Glück gehabt ... Vielleicht war es ja sogar doch das Glück der Tüchtigen.

Gabriele Hiller, MdA

Post an uns:

Zu „Keine Angst mehr?!“

Streut erst einmal Asche aufs Haupt, liebe „Maheliker“!

In der Ausgabe 4/2008 dieses Infoblattes steht unter der gleichen Überschrift oben in eurer Liste „pro Woche“ für die steigenden Kosten, richtig addiert allerdings unten „36,41 Euro jeden Monat“.

Aber dennoch: Richtig habt ihr ironisch die jetzt verkündete Renten„erhöhung“ aufs Korn genommen.

Und wenn jetzt noch Alt-Bundespräsident Herzog signalisiert, dass „die Älteren die Jüngeren ausplündern“, die Bank UniCredit dagegen berechnet hat, dass das reale Renteneinkommen von 2004 bis einschließlich 2008 um 8,5 Prozent gesunken ist, solltet ihr mal ausrechnen, wie viele Milliarden Euro aus der Bundeskasse - also von unseren Steuereuros - an die verschiedensten deutschen Banken gezahlt worden sind, um deren durch Fehlspekulationen verursachte Beinahepleiten zu verhindern. Da werden sich wohl die Ausgaben für die 1,1-prozentige Renten„erhöhung“ recht bescheiden ausnehmen.

H. Bert

Politische Bildung:

Die Krise der jungen Frau Netty

Anregende Diskussionsveranstaltung aus Anlass des 25. Todestages von Anna Seghers im Gesellschaftspolitischen Forum Marzahn

Netty war das einzige Kind der angesehenen orthodox jüdischen Familie des Mainzer Kunsthändlers Isidor Reiling und seiner Frau Hedwig. Wohl behütet und umsorgt fehlte ihr nichts, um den Weg einer gebildeten und weltoffenen Frau – und wenn es nach den Eltern ginge: Kunsthändlerin – erfolgreich zu gehen. Aber Netty nahm nicht den vorgezeichneten Weg! Nach dem Abitur studierte Netty Reiling zunächst in Köln, dann an der Universität Heidelberg Geschichte, Kunstgeschichte und Sinologie und promovierte 1924 mit einer Dissertation über „Jude und Judentum im Werk Rembrandts“. Soweit der Lernstoff für die akademische Elite. Was sie aber wirklich in der Zeit beeindruckte und prägte, waren die Assoziationen, Anregungen und Einflüsse, die sie in dieser liberalen und weltoffenen Atmosphäre aufnehmen konnte, die geprägt war von bekannten Wissenschaftlern und engagierten Kommilitonen. Einer hatte es ihr besonders angetan: Der ungarische Soziologe und Kommunist László Radványi, der nach der Räterevolution sein Land verlassen musste.

Nach dem Studium kehrte Netty Reiling zunächst ins Elternhaus nach Mainz zurück. Dort überhäuften die Eltern sie mit Arbeit und Aufträgen, die sie auf den vorgezeichneten Weg zurückführen sollten. Netty aber begann sich ihren eigenen Weg zu bahnen, dessen nächster Abschnitt klar für sie war: Sie wollte Schriftstellerin werden, und sie wollte László Radványi heiraten. 1925 wurde die Ehe geschlossen, beide zogen nach Berlin, wo 1926 Sohn Peter und 1928 Tochter Ruth geboren wurden.

1927 erschien ihre Erzählung „Grubetsch“ – erstmals unter dem Pseudonym Seghers. Mit dieser literarischen Premiere begann und lernte sie ein neues Milieu zu gestalten, ein Milieu, aus dem sie selbst nicht kam, dem sie nicht angehörte und zu dem sie auch keinen intimen Kontakt hatte: Arme Leute bis hin zur Erzählung sozial revolutionärer Entwicklungen. Das Beispiel dafür ist ihr erstes Buch „Der Aufstand der Fischer von St. Barbara“ (1928).

Anna Seghers hat in ihrem Leben wenig Privates preisgegeben. Es ist das Verdienst von Sigrid Bock, die in der DDR mit Anna Seghers zusammenarbeitete, auf die Spurensuche gegangen zu sein, Werk und Briefwechsel gesichtet und analysiert, Zeitzeugen befragt zu haben. Daraus ist ein Buch entstanden: „Der Weg führt nach St. Barbara. Die Verwandlung der Netty Reiling in Anna Seghers“ (Karl Dietz Verlag, Berlin 2008). Sigrid Bock zeichnet darin Kindheit, Jugend, das Suchen und Finden des eigenen Weges der Schriftstellerin Anna Seghers, ihr Ringen mit den eigenen Zweifeln und dem Zeitgeist nach – bis: „Ich verstand, dass es nichts gab, was man nicht schreiben kann.“

Sigrid Bock hat im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum einen spannenden und anregenden Abend gestaltet, der den zahlreichen Gästen eine der größten Erzählerinnen der Literaturgeschichte auf neue Weise nahe brachte.

Dr. Wolfgang Girus

Aus den Siedlungsgebieten

DIE LINKE bekräftigt Forderung nach bezirklichem Straßenkataster!

Das Bezirksamt übergab der BVV im März 2008 auf Antrag der LINKEN eine von Bezirksstadtrat Christian Gräff (CDU) erarbeitete Informationsvorlage zur schrittweisen Erstellung eines Straßenkatasters im Bezirk. Wegen der hier dargestellten überplanmäßigen Ausgaben zur Umsetzung unserer Forderungen befasste sich der Hauptausschuss im April 2008 mit diesem Schwerpunkt. Ein Straßenkataster ist aus unserer Sicht für die Herstellung der Rechtssicherheit besonders der Eigentümer in den Siedlungsgebieten dringend geboten. Hier wird klargestellt, welche Straße und welches Grundstück wann und wie erschlossen worden ist. Es wird zugleich deutlich, wo Umlagen aus dem Erschließungsbeitragsgesetz des Landes Berlin umgelegt werden können und wo dieses ausgeschlossen ist. Als ein Straßenkataster wird eine Straßendatenbank bezeichnet, dass zur Erfassung und Verwaltung

des Straßennetzes sowie weiterer relevanter Objekte des Bezirkes dient. Wir betrachten die Verwaltung und Fortschreibung des Zustandes des öffentlichen Straßenlandes in Form eines Straßenkatasters als wichtige kommunale Aufgabe. Es bildet zugleich eine wesentliche Grundlage für die sachgerechte Pflege und Bewirtschaftung des Straßenlandes und der zugehörigen Nebenanlagen. Das Straßenkataster bildet die Basis für die Zustanderfassung und das Bewerten des uns übertragenen Vermögens des Landes Berlin. In der Informationsvorlage des Bezirksamtes werden 697000 Euro zusätzliche Personalkosten und 129000 Euro zusätzliche Sachkosten für die Umsetzung der Erfassung des Straßenzustandes aller öffentlichen Straßen des Bezirkes ausgewiesen. Die haushaltspolitische Sprecherin unserer Fraktion, Regina Kittler, kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die eingeforderte schrittweise Erstel-

Feste Größe im Kiez

Seit Jahren haben wir am Sonnabend nach Erscheinen von „Marzahn-Hellersdorf links“ unseren Stand bei Kaiser's in der Marzahner Promenade. Wir sind schon eine berechenbare Institution für die Anwohner und Besucher geworden. Das im April aber hat alles Bisherige übertraffen. Solche Diskussionen, solche von uns ausgelöste Diskussionsgruppen!

Angeregt hat das zuerst unser Aufsteller. Er hebt sich gegenüber den Plakaten ab, indem hier gefordert wird: „Gebt Eure Stimme am 27. April!!! Sagt NEIN zum Flugbetrieb in Tempelhof!“

Und das war schon Anlass für viele zu sagen: „Das ist richtig“ und „Ich stimme auch mit Nein“, aber auch „Ich stimme mit Ja“. Mit mir empfanden das auch Sabine und Thomas so. So viele sind noch nie stehen geblieben und haben das Gespräch gesucht. Viele, sehr viele begrüßten, dass wir da standen und gegen Tempelhof auftraten. Es gab aber auch andere. Einen Steuerberater, Sportflieger mit Flugzeug in Tempelhof, der für das Offenhalten des Flugplatzes war. Es sei so für ihn bequemer. Auf eine Frage meinte er, bei seinen Landeanflügen auf Tempelhof habe er manchmal den Eindruck, das Fahrgestell seines Flugzeugs streife die Dächer der Wohnhäuser. Bei Anflügen nach und von Schönefeld sei das nicht so. Eine Bankangestellte, seit 1981 in Marzahn, war auch für das Offenhalten des Flugplatzes. Das sei für ihre Bankkunden, viele Geschäftsflieger, besser so. Sie selbst engagiert sich in Marzahn-Nord für die Sportjugend. Sie war sehr angetan von unserer Initiative und denen im Kiez. Sie wünschte uns Erfolg! Auch ein Befürworter – er lebte in seiner Jugend in Tempelhof und der Flugplatz gehörte einfach dazu. Da das oft lautstark so oder so geäußert wurde, bildeten sich auch Diskussionsgruppen. Wir konnten dabei auch unsere Anliegen im Kiez und zur „Großen Politik“ unterbringen und fanden uneingeschränkt Zustimmung.

Ob das auch ohne diesen, von Yvette ins „linke Licht“ gesetzten, Aufsteller solchen Erfolg gehabt hätte?

Ich bin jetzt noch heiser.

Bodo Lützenberg

lung des Katasters aus der Vorlage nicht deutlich wird. Der Hauptausschuss forderte Herrn Gräff auf, an den Zentralen Stellenpool des Landes Berlins heranzutreten, um die prognostizierten Kosten deutlich abzusuchen. Der zuständige Bezirksstadtrat sagte zu, dass die BVV über das Ergebnis der Anfrage bis zur Hauptausschusssitzung im Mai dieses Jahres informiert wird. Zugleich machten wir deutlich, dass bereits in den vergangenen Jahren umfangreiche Daten des öffentlichen Straßenlandes von der Bezirksverwaltung erfasst wurden. Wir werden nach der Berichterstattung des Bezirksamtes zur nächsten Hauptausschusssitzung weiteres Verwaltungshandeln zur Umsetzung unserer politischen Forderung nach einem bezirklichen Straßenkataster anregen.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV



Im Mai 2008 feiert der Staat Israel sein 60-jähriges Bestehen.

Anlässlich dieses Geburtstages möchten wir über diesen noch jungen Staat informieren.

Die Geschichte des Staates Israel

Am 14. Mai 1948 endete das britische Mandat für Palästina und ließ Platz für eine Staatsgründung, die in der Geschichte ihresgleichen sucht. Unter einem Porträt des Begründers der zionistischen Bewegung, Theodor Herzl, verlas David Ben Gurion die Unabhängigkeitserklärung.

Noch in der Gründungsnacht erklärten Ägypten, Saudi-Arabien und einige andere arabische Länder dem neuen Staat den Krieg. In den folgenden Jahrzehnten kam der Nahe Osten nicht zur Ruhe, es entwickelten sich zahlreiche, militärisch ausgetragene, Streitigkeiten um Grenzgebiete zu Ägypten, Syrien oder Jordanien.

In der arabischen Welt sind weder die Art der politischen Führung noch die bloße Existenz

des Staates Israel breiter Konsens, schärfer formuliert grassiert weitgehend ein fanatischer Antisemitismus und Antizionismus, der seine BefürworterInnen in antisemitischen Kreisen auf der ganzen Welt findet.

Viele, wenn nicht alle, der in diesen Kreisen verkehrenden Menschen, negieren die Berechtigung der Gründung des Staates Israel aus der Shoa des 2. Weltkrieges und der jahrtausendelangen Diaspora des jüdischen Volkes.

Gegen derartige Ansichten wollen wir mit dieser Jugendseite, anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung des Staates Israel, ein Zeichen setzen.

Marcus Wolf



„Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen...“

Seit über 2000 Jahren werden Juden diskriminiert, verfolgt und ermordet. Nachdem der antike Antijudaismus durch christlichen Judenhass abgelöst wurde, etablierte sich im Rahmen der Ideale der bürgerlichen Revolution ein moderner Antisemitismus, der den Boden für das bisher größte Menschheitsverbrechen, der Shoa, darstellte.

Durch das Wissen um Auschwitz sind offene Ausprägungen des Antisemitismus in Deutschland heutzutage weitestgehend tabuisiert, dennoch sind Schändungen jüdischer Gräber oder andere Gewaltakte gegenüber jüdischen Einrichtungen Alltag im „Land der TäterInnen“.

Antisemitische Einstellungen finden ihre Ausdrucksweise heutzutage mehrheitlich „versteckter“: Zum einen äußert sich Judenfeindschaft noch relativ deutlich im Geschichtsrevisionismus, dessen Akteure die Verantwortung der Deutschen für Auschwitz negieren, verfälschen oder gar den Holocaust komplett leugnen.

Der „sekundäre“ Antisemitismus zeigt sich in einer Opfer-TäterIn-Umkehrung, bei der die Schuld für die als „unerträgliche Belastung“ empfundenen notwendigen Konsequenzen aus dem NS den Juden gegeben wird.

Auch versteckt sich Antisemitismus häufig hinter der Kritik an Israels Rolle im Nahost-Konflikt, indem mit zweierlei Maß gemessen

I wie Israel

Der Staat Israel liegt am östlichen Rand des Mittelmeers im Nahen Osten. Er grenzt an den Libanon, Syrien, Jordanien, die Palästinensischen Autonomiegebiete und Ägypten. Auf einer Fläche etwa so groß wie Hessen leben hier 7,3 Millionen Menschen. Ein knappes Fünftel der Bevölkerung ist muslimischen Glaubens.

Obwohl weite Teile Israels durch Wüste und Gebirge gekennzeichnet sind und fast kein Eisenbahnnetz existiert, ist das Land technologisch weit entwickelt, die Lebenserwartung gehört zu den höchsten der Welt. Israel besitzt eine Marktwirtschaft mit hohem Staatsanteil, weshalb der bedeutendste Arbeitgeber der öffentliche Dienst ist, in dem ein Drittel aller ArbeitnehmerInnen tätig ist.

Israel ist ein multikulturelles und multireligiöses Einwanderungsland in dem die Bevölkerungsgruppen in Städten wie Haifa oder dem Großraum Tel Aviv - mit Rücksicht auf die Geschichte des Nahen Osten - nachbarschaftlich zusammen leben. Dass KollegInnen verschiedener Herkunft zusammen arbeiten führt zu Verständnis für die schlechte Situation auf der einen und zu Wertschätzung einer demokratischen, weltoffenen Gesellschaft auf der anderen Seite.

Christian Schwinge

wird: Kein Staat der Welt wird so kritisch betrachtet wie Israel, während Verständnis für SelbstmordattentäterInnen und Solidarität mit rückständigen Terrorregimen bekundet wird. Dies geht zumeist einher mit dem Antizionismus, welcher Israel, der einzigen praktischen Konsequenz, die diese Welt bereit war, aus Auschwitz zu ziehen, das Existenzrecht abspricht: Als Schutzraum für Juden weltweit und als Staat mit Selbstverteidigungsrecht.

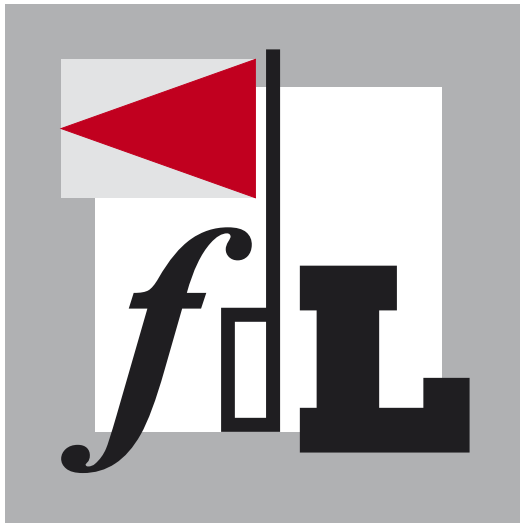
Nun sei noch der „strukturelle“ Antisemitismus oder Antiamerikanismus erwähnt, auch der vermeintlich linker Kapitalismuskritik, die komplexe Vorgänge personifiziert sowie modernen Weltverschwörungstheorien immanent ist.

Ben Yamin

Veranstaltungen

» **13.5., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum, **Diskussionsabend** zum Thema: „Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichtskultur“, Referent: Prof. Dr. Walter Schmidt, Moderation: Dr. Ingrid Matschenz. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

» **18.5., 10.30 Uhr**, Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin, Buchvorstellung und Diskussion mit Prof. Dr. Heinrich Fink „Hitler als Vorläufer. Auschwitz - der Beginn des 21. Jahrhunderts?“ von Carl Amery, Veranstalter Peter-Weiss-Bibliothek und Steinstatt e.V., Eintritt: 3 Euro / 2 Euro



Nicht vergessen: Vom 13. - 15. Juni trifft sich DIE LINKE zu ihrem Fest. Treffpunkt: Berlin, Kulturbrauerei 50. ND-Pressfest • Konzerte • Politik • Lesungen • Theater • Party • Kinderfest

Siegfrieds Frage

Vor der ILA 2008: Bemannte „Top-Fighter“ ...

... werden auch künftig nicht ganz durch unbemannte ersetzt.

Um ältere Modelle in den Luftwaffen der USA, Europas, des Mittleren Ostens und Asiens durch Kampfjets der vierten und fünften Generation zu ersetzen, sieht die Marktforschungsfirma Forecast International für den Zeitraum bis 2015 eine Produktion von 3.865 Stück im Wert von 155,9 Mrd. US-Dollar (109,9 Mrd. EUR) voraus.

Die 10 aktuellen Muster aus den USA (Boeing F-15 und F-18 sowie Lockheed Martin F-16 und F-35), Europa (Dassault Mirage 2000 und Rafale, Saab JAS 39 Gripen, Eurofighter Typhoon) sowie Russland (MiG-29/35 und Suchoj-27/30) - aber auf lange Sicht auch die aus China - wollen von diesem Kuchen möglichst große Stücke abkriegen.

Frage

Welche davon werden bereits Ende Mai in Berlin-Schönefeld auf der ILA 2008 verteilt?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **6.5., 27.5.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **4.6.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» **4.6.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64

» **5.6.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzastr. 24/26

» **5.6.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

» 22.5., 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

» 27.5., 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» **15.5., 15 - 16 Uhr, Petra Pau** (MdB), Vizepräsidentin des Bundestages, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung unter 99289380

» **19.5., 17 - 19 Uhr, Dr. Gabriele Hiller** (MdB), Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin

» **26.5., 16 - 17 Uhr, Dr. Margrit Barth** (MdB), Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefonische Anmeldung unter 23252536

» **28.5., 19.30 Uhr, Wolfgang Brauer** (MdB), **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), 19.30 Uhr, KieKIn, Rosenbecker Straße 25/27, 12689 Berlin

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen: Montag 13-17 Uhr, Dienstag 9 - 17 Uhr,
Donnerstag 9 - 19 Uhr, Freitag 9 - 15 Uhr

Geschlossen: Jeden Mittwoch und am 9.5.2008

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin,
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 5.5.2008. Auslieferung ab: 7.5.2008. **Druck:** Eigen-
druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser
finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am
am 5.6.2008 und am 3.7.2008.